

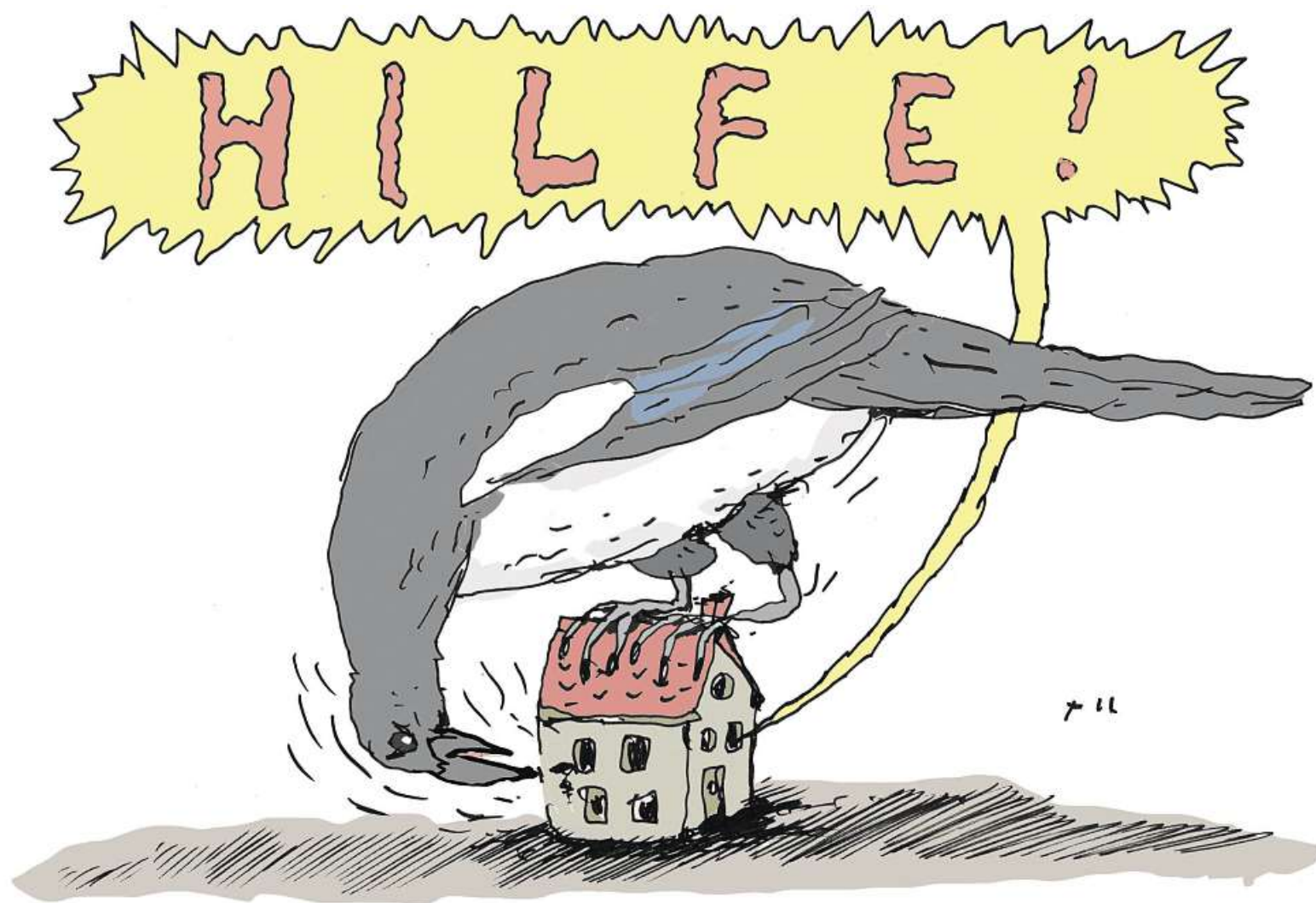
Den Geist öffnen statt einengen



Joerg Helge Wagner
über die Präsenz-Uni

Lange hat man beklagt, dass die moderne Massen-Uni mit mehreren Zehntausend Studierenden unpersönlich sei, dass Professoren und Dozenten ihre Schützlinge viel zu wenig betreuen, dass paradoxerweise Einzelne in der großen Menge vereinsamen und womöglich frustriert ihr Studium abbrechen. Die Pandemie hat die Situation verschärft: Lehrende und Kommilitonen konnte man über Semester hinweg nur als sprechende Kacheln auf dem heimischen Monitor wahrnehmen. Welche Tristesse für einen so entscheidenden Lebensabschnitt, in dem man sich doch öffnen und nicht einengen soll.

Dass auch die Qualität der Lehre unter solchen Umständen leidet, liegt nahe. So ist es nur allzu verständlich, dass alle Universitäten und Hochschulen unbedingt ein weiteres Online-Semester vermeiden und wieder zum Präsenzunterricht zurückkehren wollen – in Hamburg wie in Lüneburg, in Bremen wie in Kiel. Mal abgesehen davon, dass medizinische, ingenieurs- oder



ELSTER BEI DER GRUNDSTEUER-HILFE

Til Mette exklusiv

Studiengänge leben vom direkten Diskurs in Hörsälen und Seminarräumen.

naturwissenschaftliche Studiengänge rein digital gar nicht vorstellbar sind – auch und gerade die Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften leben vom direkten Diskurs in den Hörsälen und Seminarräumen, aber auch jenseits davon.

Wer ein verschultes Studium ablehnt, kann unmöglich eine Uni oder Hochschule als reinen Online-Dienstleister fordern – auch wenn das billiger ist, gerade in Zeiten der Energiekrise. Sparpotenziale gibt es auch hier, und die werden ja bereits ausgeschöpft. Bis zu 15 Prozent sind drin, hat man an der Uni Hamburg hochgerechnet. Ohnehin sollten in einem rohstoffarmen Land wie unserem Bildungs- und Forschungseinrichtungen grundsätzlich systemrelevant sein, also in Krisenzeiten mehr Geld erhalten.

Natürlich besteht ein Infektionsrisiko, aber dem kann man mit Masken, Abstand und Hygiene vorbeugen, wie andernorts auch. Und wo, wenn nicht an den Unis sollen clevere Lösungen erdacht werden, um den Lehrbetrieb vor Ort aufrechtzuerhalten? Zudem sitzt man dort auch nicht den ganzen Tag dicht aufeinander, Veranstaltungen und Räume wechseln. Ein Großteil des Studiums findet trotzdem beim Lesen und Lernen zu Hause statt. Das reicht an akademischer Einsamkeit. **Bericht Seite 9**
joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion: Michael Brandt
Digitalchef: Bastian Angenendt-Eiserbeck
Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Marek Beneke, Mathias Sonnenberg (komm.)
Stadtteil: Antje Borstelmann - **Kultur:** Iris Hetscher
Sport: Mathias Sonnenberg, Jean-Julien Beer (komm.)
Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner
OSTERHOLZER KREISBLATT: Lars Fischer
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser - **SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Wolfgang Sembritzki (komm.) - **ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:** Felix Gutschmidt - **DELMEHORSTER KURIER:** Gerwin Möller

Büro Hannover: Peter Mlodoch - **Büro Berlin:** Anja Maier - **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl - **Büro Paris:** Birgit Holzer - **Büro London:** Susanne Ebner - **Büro Washington:** Thomas Spang
*PresseDienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 44,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 76.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr, Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnentenservice:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH

Milliardäre wie Elon Musk können gefährlich werden



Felix Wendler
über Superreiche

Nun also doch: Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, will Twitter kaufen. Das ist zumindest der neueste Stand im Streit um das soziale Netzwerk, das für 44 Milliarden Dollar den Besitzer wechseln könnte. Dass der Verkauf ohne weitere Überraschungen vollzogen wird, ist nicht anzunehmen – viel zu unvorhersehbar sind Launen und Sinneswandel des Tech-Milliardärs. Musk sagt und macht, was er möchte – impulsiv, ungefiltert und themenübergreifend. Es gibt Menschen, die ihn genau deswegen bewundern. Sie sehen Musk als Macher, der stets den Fortschritt sucht. Auch wenn das in gewisser Weise stimmt, überragt Größenwahn längst das Genie. Jüngst machte Musk mit kruden Friedensplänen für die Ukraine auf sich aufmerksam, die er über Twitter verbreitete.

Im vergangenen Jahr trieb Musk den Kurs der Kryptowährung Bitcoin zunächst mit wohlwollenden Tweets in die Höhe, um ihn anschließend wieder fallen zu lassen. Kleinanleger verloren Geld, Kritiker warfen ihm Marktmanipulation vor. Ob der Milliardär die Kurse gezielt manipuliert hat, lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Klar ist: Musk handelt verantwortungslos. Der Tesla-Chef ist der prominenteste Vertreter der Superreichen, weshalb er besonders viel Aufmerksamkeit bekommt. Die Kritik an Musk lässt

sich problemlos auf alle übertragen, die ihren Reichtum nicht als Privileg, sondern als Freifahrtschein verstehen.

Was für Elon Musk Twitter ist, ist für andere ein Fußballverein: ein Spielzeug, das im Zweifelsfall schnell wieder uninteressant wird. In der englischen Premier League, der stärksten und finanzkräftigsten Fußball-Liga der Welt, gehören die meisten Klubs mehrheitlich ausländischen Investoren. Amerikanische und asiatische Milliardäre, dubiose Konsortien und Gruppen, hinter denen sich Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verbergen – das ist die Realität des englischen Fuß-

Reichtum ging schon immer mit Macht einher, daran hat sich nichts geändert.

balls. Zu dieser Realität gehört auch, dass Klubbesitzer Einfluss auf den sportlichen Alltag nehmen. Sie finanzieren nicht nur teure Transfers, sondern wollen mittlerweile auch bei der Aufstellung mitreden. Passt ihnen die Taktik des Trainers nicht, ist dessen Entlassung eine Frage der Zeit – wie zuletzt beim FC Chelsea in London, wo der einstige Erfolgstrainer Thomas Tuchel den Unmut des neuen Klubbesitzers auf sich gezogen hatte.

Dass die Kritik an diesem Gebaren überschaubar bleibt, ist fast ebenso bedenklich wie die Entwicklung selbst. Reichtum ging schon immer mit Macht

einher, daran hat sich nichts geändert. Neu ist, dass zumindest ein Teil der Multimilliardäre und Milliardäre die Scheu vor der Öffentlichkeit verloren hat. Die Superreichen handeln nicht mehr im Hintergrund, wie es viele von ihnen jahrzehntelang getan haben. Über die sozialen Medien geben sie sich nahbar: Elon Musk witzelt gerne mit seinen Fans, Amazon-Chef Jeff Bezos teilt lustige Tiervideos, und so mancher Klubbesitzer feiert mit seiner Mannschaft vor der Smartphone-Kamera in der Kabine.

Dürfen Milliardäre keinen Spaß haben? Dürfen sie, aber man sollte sich nicht täuschen lassen: Wer 100, 200 oder 300 Milliarden Dollar besitzt, hat die nicht unbedingt durch seine bodenständige, kumpelhaftige Art erworben. Elon Musk ist kein Durchschnittsbürger, nur weil er die Sprache des Internets spricht. Jeff Bezos mag die gleichen Videos teilen wie seine Amazon-Kunden, aber ihre Interessen liegen meilenweit auseinander. Der Besitzer des englischen Fußballklubs trägt vielleicht das gleiche Trikot wie der normale Fan, aber sein Verhältnis zum Sport ist ein völlig anderes.

Milliardäre besitzen die Medien, in denen sie sich als Gleichgesinnte präsentieren. Wenn Musk Twitter kauft, gehört dem reichsten Menschen der Welt die wichtigste Plattform für politische Kommunikation. Als Twitter-Nutzer muss sich Musk wie alle anderen mit 280 Zeichen begnügen, mit denen er bereits großen Schaden anrichten kann. Als Twitter-Besitzer hätte er Einfluss darauf, wie rund 300 Millionen Menschen miteinander kommunizieren.

felix.wendler@weser-kurier.de

„Eine Kampfansage an Arbeiter und Gewerkschaften“

Junge Welt
über die Krise in Großbritannien

Es ist beeindruckend, zu sehen, dass Spekulanten wenig begeistert von den Ideen der Reinkarnation Maggie Thatchers sind. Es zeigt deutlich: Die Krise hat das Mutterland des Kapitalismus erreicht. Die Lage ist ernst, auch für Banken und Konzerne. Der Staat muss stabile Verwertungsbedingungen garantieren. Folgerichtig begründete Truss den Rauswurfs Kwartens als Manöver „um die Märkte zu beruhigen“, „Einige Pläne seien vielleicht zu radikal“, und „schnell“, gewesen. Deshalb werde die geplante Steuersenkung für Konzerne von 25 auf 19 Prozent vorerst zurückgenommen. Sie sei aber „absolut entschlossen“, an ihrem „Wachstumskurs, festzuhalten. Eine Kampfansage an Arbeiter und Gewerkschaften.“

„Irgendwann muss Schluss sein“

Nordwest-Zeitung
über Galeria Karstadt Kaufhof

Das Warenhaus als Gemischtwarenladen ist tot. Das Galeria-Management hat es über Jahre hinweg nicht geschafft, das Geschäftsmodell anzupassen und zukunftsfähig zu machen. Warum soll es nun, mit noch mehr Steuergeld, anders laufen? Warum soll die Gemeinschaft der Netto-Steuerzahler das Versagen in der Warenhaus-Führungsetage bezahlen? Warum klingeln die Manager nicht beim Besitzer des Konzerns an? Bisher wurden schon 680 Millionen Euro Steuergeld verbrannt. Irgendwann muss Schluss sein. Im Übrigen ist Galeria Karstadt Kaufhof warnendes Beispiel für Manager, die disruptiven Wandel verschlafen.

Es gibt in Bremen keine ernsthafte Bürgerbeteiligung mehr

Ingo Kramer
über Bürgerinitiativen

Braucht Bremen Bürgerinitiativen? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, wer gefragt wird. Investoren von Großprojekten würden diese Frage sicherlich verneinen, weil sie Störfaktoren bei der Umsetzung ihrer Vorhaben sind. Aus der Sicht von so manchem Politiker in Regierungsverantwortung sind Bürgerinitiativen lästig, weil unbequeme Fragen gestellt werden.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird Bürgerinitiativen eine unverzichtbare Rolle im gesellschaftlichen Diskurs zugeschrieben, weil eine lebendige Demokratie nicht ohne aktive Bürgerbeteiligung zu haben ist. Und die Medien? Sie haben ein

ambivalentes Verhältnis zu Bürgerinitiativen. Es wird über sie berichtet, wenn Aktionen schlagzeilenrichtig sind. Ansonsten schwankt die Berichterstattung zwischen korrekter Darstellung und Desinteresse.

Wie sehen sich Bürgerinitiativen selbst? 17 Bürgerinitiativen aus dem Bremer Stadtgebiet haben sich 2021 zusammengeschlossen. Alle sammelten vergleichbare Erfahrungen mit dem Vorgehen von Politikern, Verwaltung und Investoren: die mangelnde Transparenz bei Entscheidungen vor allem in den Bereichen Städtebau, Umwelt und Verkehr.

Es gibt in Bremen keine ernsthafte Bürgerbeteiligung mehr, keinen ergebnisoffenen Diskurs mit betroffenen Bürgern. Zentrale Projekte werden im Hinterzimmer zwischen Politik, Verwaltung und Investor ausgehandelt. An den dort erzielten Ergebnissen lässt sich durch eine formal durch-

geführte Beteiligung nichts ändern. Bedauerlich ist auch die meist fehlende Kompromissbereitschaft seitens der Verantwortlichen in der Politik. Bürgerinitiativen zeigen häufig sinnvolle Lösungen bei umstrittenen Projekten auf. Politik und Verwaltung gehen darauf in aller Regel nicht ein.

Dabei ist Bremen in der Vergangenheit mit bürgerschaftlichem Engagement gut gefahren. Der Bürgerpark geht auf eine Initiative Bremer Bürger zurück. Das Schnoorviertel ist durch den Einsatz von Bürgerinnen und Bürger wiederbelebt worden. Die Planung einer Stadtautobahn mitten durchs Ostertorviertel wurde durch den Aufstand der Viertelbewohner verhindert.

Bürgerinitiativen werden überall dort gegründet, wo das städtische Umfeld verbessert werden kann oder Fehlentwicklungen aufzuzeigen sind. Das Ignorieren bürgerschaftlichen Engagements schadet der

Demokratie. Schon jetzt sind sinkende Wahlbeteiligungen ein Warnsignal. Viele Mitbürger befinden sich auf dem Weg von der Staatsverdrossenheit zur Resignation. Das ist nicht gut. Demokratie braucht eine Zivilgesellschaft, die sich in politische Debatten engagiert einbringt. Dabei sind Bürgerinitiativen das „Salz in der Suppe“.



FOTO: INGO KRAMER

Unser Gastautor
ist pensionierter Richter und Sprecher der Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“ sowie Koordinator des Zusammenschlusses Bremer Bürgerinitiativen.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.